

**Niederschrift**  
**-öffentlicher Teil-**

über die 1. Sitzung des Haupt- und Wirtschaftsausschusses am Donnerstag, dem 12.09.2019, von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr, Beratungsraum "Békécsaba" des Neuen Rathauses (1. Etage), Lutherstraße 56, 06886 Lutherstadt Wittenberg.

gez. Zugehör

---

(Torsten Zugehör)  
Vorsitzender

gez. Claußen

---

(Nicole Claußen)  
Protokoll

## Anwesenheitsliste

Name	Funktion Bemerkung
------	-----------------------

### **Stimmberechtigt**

Torsten Zugehör	Ausschussvorsitzender
Franziska Buse	stimmberechtigtes Mitglied G: 19:23 Uhr (TOP 18)
Horst Dübner	stimmberechtigtes Mitglied
Stefan Kretschmar	stimmberechtigtes Mitglied
Dr. Bettina Lange	stimmberechtigtes Mitglied
Heiner Friedrich List	stimmberechtigtes Mitglied
Reinhard Rauschnig	stimmberechtigtes Mitglied G: 20:00 Uhr (Pause) K: 20:07 Uhr (TOP 20)
Volker Scheurell	stimmberechtigtes Mitglied

### **Nicht stimmberechtigt**

Dr. Reinhild Hugenroth	beratendes Mitglied
------------------------	---------------------

### **Verwaltung**

Jochen Kirchner	Bürgermeister/Fachbereichsleiter Stadtentwicklung
Hagen PISOKE	Vertretung für Frau Julia Eichler
André Seidig	Leiter Justizariat
Ralf Wolfensteller	Fachbereich Bürger und Service
Jana Haustein	Fachbereich Gebäudemanagement

### **Gäste**

Nadine Gößling	Kriminaloberrätin Polizei Wittenberg
----------------	--------------------------------------

### **entschuldigt**

Reinhard Krause	stimmberechtigtes Mitglied
-----------------	----------------------------

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Ordnung und Sicherheit in der Lutherstadt Wittenberg  
Ordnungsbehördliche Lage in der Lutherstadt Wittenberg 2018  
Vorlage: IV-050/2019
5. Richtlinie zur Gewährung und Verwendung von Fraktionsgeldern an die Fraktionen des Stadtrates der Lutherstadt Wittenberg (Fraktionsgeldrichtlinie)  
Vorlage: BV-147/2019
6. Entsendung und Festlegung der Vertreter und Stellvertreter der Lutherstadt Wittenberg in der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Elbaue/Heiderand (WAZV EH) für die Ortschaften Pratau und Seegrehna  
Vorlage: BV-167/2019
7. Entsendung und Festlegung der Vertreter und Stellvertreter der Lutherstadt Wittenberg in der Verbandsversammlung des Trinkwasserverbandes Kemberg-Pratau für die Ortschaften Pratau und Seegrehna  
Vorlage: BV-168/2019
8. Entsendung des Vertreters und des Stellvertreters der Lutherstadt Wittenberg in die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes "Elbaue-Heiderand" für die Ortschaften Pratau und Seegrehna  
Vorlage: BV-169/2019
9. Entsendung des Vertreters und des Stellvertreters der Lutherstadt Wittenberg in die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Coswig/Anhalt für die Ortschaft Griebow  
Vorlage: BV-170/2019
10. Entsendung von Vertretern in die Verbandsversammlung und den Vorstand des Unterhaltungsverbandes „Fläming-Elbaue“  
Vorlage: BV-171/2019
11. Entsendung von Vertretern in die Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes Nuthe/Rossel  
Vorlage: BV-172/2019
12. Städtepartnerschaft zwischen Mediasch und Lutherstadt Wittenberg  
Vorlage: BV-161/2019
13. Städtepartnerschaft zwischen Beveren und Lutherstadt Wittenberg  
Vorlage: BV-162/2019
14. Städtepartnerschaft zwischen Mogiljow und Lutherstadt Wittenberg  
Vorlage: BV-163/2019

15. Antrag der CDU-Fraktion: Bildung weiterer Ortschaften in ihren Grenzen und Bildung entsprechender Ortschaftsräte  
Vorlage: A-009/2019
16. Antrag von SR List - Bildung der Ortschaft Piesteriz/Rothemark in seinen festzusetzenden Grenzen und Bildung eines Ortschaftsrates  
Vorlage: A-005/2019
17. Antrag von SR List - Bildung der Ortschaft Kleinwittenberg/Wittenberg-West in seinen Grenzen und Bildung eines Ortschaftsrates  
Vorlage: A-007/2019
18. Anfragen zu Informationsvorlagen, allgemeine Anfragen und Anregungen sowie Mitteilungen der Verwaltung

---

## Protokollierung

### TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

---

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Haupt- und Wirtschaftsausschusses der Lutherstadt Wittenberg. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit mit 8 anwesenden Mitgliedern fest.

### TOP 2 Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

---

**SRin Dr. Lange** ist irritiert, da die Anträge der CDU-Fraktion und SR List auf der Tagesordnung stehen. Ihrer Erinnerung nach sollten die Anträge, laut der Diskussion in der letzten Sitzung des Haupt- und Wirtschaftsausschusses, im Zusammenhang mit der Hauptsatzung und Geschäftsordnung diskutiert werden.

**Herr Seidig** erklärt, dass die Anträge laut dem Antrag von Herrn Deeken lediglich in die neue Wahlperiode verschoben werden sollten.

Die vorliegende Tagesordnung wird **einstimmig** angenommen.

### TOP 3 Einwohnerfragestunde

---

**Herr Lausch** informiert, dass er einen Vorschlag für den Lucas-Cranach-Preis mit einer Zeitüberschreitung von 23 Minuten eingereicht habe. Er sei davon ausgegangen, dass die Mitarbeiter der Stadtverwaltung diesen dennoch berücksichtigen, da vor 6:00 Uhr keiner im Büro ist.

Weiter bezieht er sich auf das Programm zu den interkulturellen Wochen, in welchem u. a. Städte aus Sachsen und Brandenburg aufgeführt werden. Er fragt, wie es hierzu kommen konnte.

Außerdem fragt er an, ob die am Montag im Bauausschuss präsentierte Zeichnung zum Bebauungsplan W18 um die Kaltluftschneise ergänzt werden könnte, um zu gewährleisten, dass Wohnbebauungen dort nicht erfolgen.

Zudem möchte er gern wissen, wie hoch die Summe der aktuell durch Vereine gestellten Förderanträge ist.

Der **Vorsitzende** erklärt ihm, dass die Frist nicht gewahrt wurde und der Vorschlag, auch wenn es eine Fristüberschreitung von nur 23 Minuten gab, somit nicht berücksichtigt werden kann.

Bzgl. des Programmes zu den interkulturellen Wochen meint er, es könne mit den Tänzern zusammen hängen, dass Städte aus anderen Bundesländern Erwähnung finden. Dennoch wird der Sachverhalt noch einmal überprüft.

Die Anfrage bzgl. der Schneise wurde bereits durch SR Kretschmar im Bauausschuss gestellt und wird seitens der Verwaltung entsprechend berücksichtigt.

Weiterhin erklärt er, dass Herr Gräbitz (Fachbereich Bürger und Service) eine entsprechende Übersicht hinsichtlich der Vereine bereitstellen sollte. Hierzu wird es in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses eine entsprechende Information geben.

#### **TOP 4 Ordnung und Sicherheit in der Lutherstadt Wittenberg**

---

**Frau Gößling** geht auf aktuelle statistische Zahlen, die Kriminalität in der Lutherstadt Wittenberg betreffend, anhand einer PowerPoint-Präsentation ein.

**SR Kretschmar** meint, dass der Schwanenteich schon immer einen Schwerpunkt dargestellt habe und insbesondere der Reformationsjubiläum 2017 e. V. eng mit der Polizei zusammengearbeitet habe. Die Schwierigkeit direkt am Schwanenteich liege bei den Jugendgruppen. Tagsüber gäbe es keine Probleme, sondern erst ab 16:00 bzw. 17:00 Uhr. Eine Aufschlüsselung der Konsumentendelikte nach den jeweiligen Drogen wäre wünschenswert. Er weist darauf hin, dass der Arsenalplatz und das Neubaugebiet (Platz der Demokratie) nicht als Kriminalitätsschwerpunkte benannt wurden.

**Frau Gößling** erklärt, dass es um den Platz der Demokratie ruhiger geworden sei. Im und um das Arsenal gab es ein erhöhtes Aufkommen an Straftaten insgesamt, jedoch müssen diese konkret betrachtet werden. Besonders hier gäbe es viel Diebstahl. Die Delikte in den Eingangsbereichen sind jedoch tatsächlich nicht so stark wie in den Vorjahren. Es habe auch ein Gespräch zwischen der Polizei, dem Stadtordnungsdienst und dem Centermanagement gegeben. Außerdem wurden die gemeinsamen Streifen zwischen der Polizei und dem Stadtordnungsdienst ausgebaut. Die Straßenkriminalität könne durch präventive Aufgaben gemindert werden. Allerdings sei dies auch Angelegenheit der Stadtplanung. Die am Schwanenteich befindlichen Jugendgruppen nutzen die Angebote am Pferdestall nicht. Ständige Streifen könnten ggf. zu einem Verdrängungseffekt führen.

Die Statistik gibt eine Aufschlüsselung der Drogen nicht her. Zudem handele es sich zumeist um Mischkonsumenten. Generell gibt es in Sachsen-Anhalt, neben anderen östlichen Bundesländern (Sachsen und Thüringen), einen hohen Anteil an Crystal Meth. Besonderes Augenmerk liege hierbei auf den Schulen.

**SR Scheurell** erklärt, dass die Lärmbelästigung in der Neustraße, insbesondere am Pferdestall ein Problem darstellt. Schlimmer noch empfindet er jedoch den Lärm, welcher vom Lutherhotel ausgeht. Er weist außerdem darauf hin, dass am Pferdestall sämtliche Scheiben zerschlagen wurden.

**SRin Dr. Hugenroth** fragt, an welchen Schulen und Standorten mit Drogen gedealt wird. Sie meint ein früher Ansatz und zeitige Aufklärung würden zur Problemminderung beitragen.

**Frau Gößling** sagt, dass das Dunkelfeld gerade an den Schulen sehr groß ist. Diese haben zumeist auch kein Interesse an der Mitarbeit der Polizei, sondern suchen vorrangig Gespräche u. a. mit Sozialeinrichtungen. Die Prävention hängt außerdem von den finanziellen Aspekten ab. Auch gibt es Suchtberatungsstellen, die hinzugezogen werden. Vorträge seitens der Polizei werden zwar gehalten, jedoch könne das Personal nicht an jeder Schule tätig sein.

**SR Dübner** fragt, weshalb die Aufklärungsquote gestiegen ist. Zudem möchte er in Erfahrung bringen, worauf die hohe Steigerungsrate hinsichtlich Raub und Brandstiftung zurückzuführen ist. Weiter fragt er, ob die Polizei, die baulichen Veränderungen am Schwanenteich betreffend, einbezogen wurde.

**Frau Gößling** antwortet, dass sich die Erhöhung der Aufklärungsquote rein rechnerisch ergibt. Beispielsweise gab es einen Rückgang an Eigentumsdelikten, für dessen Aufklärung es generell wenige Anhaltspunkte gibt.

Der Anstieg der Jugendkriminalität hinsichtlich der Brandstiftung ist auf die Trockenperiode im vergangenen Jahr zurückzuführen. Der Anstieg sei prozentual zwar sehr groß, muss jedoch keinen enormen Anstieg an Bränden bedeuten.

Die Raubtaten haben zugenommen. Zahlenmäßig sei der Anstieg nicht bedeutend, jedoch müsse er im Auge behalten werden. Zudem lässt die Kriminalität mit steigendem Alter nach. Außerdem führe Drogenkriminalität oft zu Beschaffungskriminalität.

Bzgl. der Einbeziehung der Polizei in die Stadtplanung sagt sie, dass der Polizei Unterlagen der Stadt zum Schwanenteich zugegangen sind, jedoch seitens der Polizei erst darauf reagiert werden konnte, als die Vorplanungen bereits abgeschlossen waren. Wunsch der Polizei ist es dennoch weiterhin, bei baulichen Änderungen einbezogen zu werden.

**SR Rauschning** merkt an, dass es sich bei den Brandstiftungen mehr oder minder, um Einzeltäter handelt. Im Strandbad habe es in wenigen Wochen sechs Brände gegeben. Hinsichtlich der Schulsozialarbeit müsse der Kreistag die Prävention nach vorn bringen.

**Herr Wolfensteller** berichtet ebenfalls seitens der Stadt über die aktuelle Lage.

**SR List** fragt nach einer Aufschlüsselung, wie viele Menschen wegen der Verschmutzung der Stadt durch Hundekot, Kaugummi und Zigaretten verwarnt worden sind.

**Herr Wolfensteller** erklärt, dass die Statistik nicht so weit heruntergebrochen ist. Außerdem seien die Mitarbeiter des Stadtordnungsdienstes mittlerweile bekannt, sodass sich vor deren Eintreffen, die Täter zumeist vom Tatort entfernen.

**SR Kretschmar** meint, dass die Fälle an Hundekontrollen noch immer sehr hoch sind und fragt, ob eher jüngere oder ältere Hundehalter kontrolliert wurden.

**SR Dübner** fragt, wie viele Hundesteueranmeldungen in Folge des Amnestieangebots erfolgt sind.

Der **Vorsitzende** meint, der Fokus müsse auf die gemeinsamen Kontrollen in den Fußgängerzonen gelegt werden.

**TOP 5 Richtlinie zur Gewährung und Verwendung von Fraktionsgeldern an die Fraktionen des Stadtrates der Lutherstadt Wittenberg (Fraktionsgeldrichtlinie)  
Vorlage: BV-147/2019**

---

**Herr Seidig** stellt die Beschlussvorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

**SR Rauschnig** stellt den Antrag auf 1. Lesung der Vorlage, mit der Bitte, diese in der nächsten Sitzung des Ältestenrates aufzurufen. Geklärt werden müssten die Verwendung und die Höhe der Fraktionsgelder.

**SR Kretschmar** meint, dass die von SR Rauschnig geforderte Beratung im Ältestenrat, auch öffentlich erfolgen könne. Er merkt an, dass der Kauf von Blumen für Präsentationen bzw. die Niederlegung von Kränzen zu Nationalfeiertagen möglich sein sollten. Er bittet dies entsprechend zu überprüfen. Der Behandlung als 1. Lesung stimmt er zu, nicht jedoch der Beratung im Ältestenrat.

**SR Dübner** stimmt SR Kretschmar zu. Nach der Geschäftsordnung ist der Verweis einer Vorlage in den Ältestenrat unzulässig.

**SR Rauschnig** erklärt, dass er lediglich um eine 1. Lesung gebeten habe.

**SR Dübner** sagt, dass mit etwa 20 EUR im Monat (250 EUR/Jahr) ein Fraktionsraum nicht finanziert werden könne. Dies sollte seitens der Stadt und der Fraktionen noch einmal überdacht werden.

**Herr Seidig** weist darauf hin, dass neben den 500 EUR, für jedes Fraktionsmitglied zusätzlich 100 EUR zur Verfügung gestellt werden. SR Rauschnig solle einen Änderungsantrag so formulieren, dass das Fraktionsgeld auskömmlich ist. Weiter erklärt er, dass nicht die Fraktionen, sondern der Stadtrat selbst die Blumenkränze niederlege.

**SR Scheurell** fragt, in welchen Räumen im Detail eine Einmietung erlaubt ist und möchte in dem Zusammenhang wissen, ob eine Anmietung der Partieräume rechtlich als verdeckte Parteienfinanzierung zu werten ist.

Der **Vorsitzende** sagt, dass der Gesamtbetrag, welcher der Fraktion zur Verfügung steht, betrachtet werden muss. Zudem sollte berücksichtigt werden, dass auch auf Kreis-, Landes- und Bundesebene Fraktionen und damit auch Räume bestehen. Bei der 1. Lesung müssen dann auch konkrete Vorschläge hervorgebracht werden.

**SRin Dr. Lange** unterstützt den Antrag auf 1. Lesung. Die Vorlage wurde in der Fraktion noch nicht vollumfänglich beraten. Bisher wurde der Besprechungsraum der Fraktion genutzt. Eine Anmietung eines separaten Raumes sei mit den Mitteln jedoch nicht finanzierbar.

Sie bittet um eine Hilfestellung der Verwaltung in Form eines Musters für Nutzungs- bzw. Mietverträge, um eine verdeckte Parteienfinanzierung zu umgehen und Rechtssicherheit für die Fraktionen zu schaffen.

Der **Vorsitzende** versichert, dass den Fraktionen eine entsprechende Hilfestellung bereitgestellt wird.

**SR Kretschmar** meint, die Vereinbarung eines Untermietvertrages gestalte sich einfach. Einen solchen gäbe es bereits für die FREIEN WÄHLER. Diesen Vertrag habe er bereits beim Landkreis prüfen lassen. Dennoch bittet er um eine erneute Prüfung durch das Justizariat. Für den Vertrag wird eine Pauschale vereinbart. Hinsichtlich der Blumen fragt er erneut, ob es den Fraktionen nicht möglich sein sollte, sofern sie zu einer Veranstaltung eines Vereines o. ä. geladen werden, Blumen ggf. begrenzt auf 7 oder 10 EUR zu kaufen.

Der **Vorsitzende** erklärt ihm, dass der Passus, die Blumen betreffend, recht offen formuliert sei.

**SRin Dr. Hugenroth** fragt, ob die Kosten für die Zeitschrift „Grüne Kommunale“ als Fachliteratur im Sinne der Fraktionsgeldrichtlinie abgesetzt werden können.

Der **Vorsitzende** denkt, dass es sich hierbei um verdeckte Parteiarbeit handelt, lässt dies jedoch noch einmal entsprechend prüfen.

**SRin Dr. Hugenroth** wirft ein, dass ein separater Mietvertrag genüge.

**SR Dübner** bittet um eine konkrete Benennung, was unter Mobiliar, Technik usw. zu verstehen ist.

Der **Vorsitzende** lässt über den Antrag auf 1. Lesung der Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen

Ja-Stimmen : 8

Nein-Stimmen : 0

Enthaltungen : 0

**TOP 6 Entsendung und Festlegung der Vertreter und Stellvertreter der Lutherstadt Wittenberg in der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Elbaue/Heiderand (WAZV EH) für die Ortschaften Pratau und Seegrehna**  
Vorlage: BV-167/2019

---

**TOP 7 Entsendung und Festlegung der Vertreter und Stellvertreter der Lutherstadt Wittenberg in der Verbandsversammlung des Trinkwasserverbandes Kemberg-Pratau für die Ortschaften Pratau und Seegrehna**  
Vorlage: BV-168/2019

---

**TOP 8 Entsendung des Vertreters und des Stellvertreters der Lutherstadt Wittenberg in die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes "Elbaue-Heiderand" für die Ortschaften Pratau und Seegrehna**  
Vorlage: BV-169/2019

---

**TOP 9 Entsendung des Vertreters und des Stellvertreters der Lutherstadt Wittenberg in die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Coswig/Anhalt für die Ortschaft Griebö**  
Vorlage: BV-170/2019

---

**TOP 10 Entsendung von Vertretern in die Verbandsversammlung und den Vorstand des Unterhaltungsverbandes „Fläming-Elbaue“**  
Vorlage: BV-171/2019

---

**TOP 11 Entsendung von Vertretern in die Verbandsversammlung des  
Unterhaltungsverbandes Nuthe/Rosel  
Vorlage: BV-172/2019**

---

**Frau Steiner** stellt die Beschlussvorlagen anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Der **Vorsitzende** lässt über die Freigabe der Beschlussvorlage **BV-167/2019** für den Stadtrat abstimmen.

**Beschlussvorschlag an den Stadtrat:**

1. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt, Herrn Lothar Rösel als Vertreter der Lutherstadt Wittenberg in die Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Elbaue/Heiderand für die Ortschaften Pratau und Seegrehna zu entsenden und zur Stimmabgabe festzulegen.
2. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt, Frau Anja Gerhart in die Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Elbaue/Heiderand für die Ortschaften Pratau und Seegrehna zu entsenden und als Stellvertreterin zur Stimmabgabe festzulegen.
3. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt, Herrn Carsten Barthel als Stellvertreter von Herrn Lothar Rösel in die Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Elbaue/Heiderand für die Ortschaften Pratau und Seegrehna zu entsenden (ohne Stimmabgaberecht).
4. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt, Frau Antje Schubert als Stellvertreterin von Frau Anja Gerhart in die Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Elbaue/Heiderand für die Ortschaften Pratau und Seegrehna zu entsenden (ohne Stimmabgaberecht).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen

Ja-Stimmen : 8

Nein-Stimmen : 0

Enthaltungen : 0

Der **Vorsitzende** lässt über die Freigabe der Beschlussvorlage **BV-168/2019** für den Stadtrat abstimmen.

**Beschlussvorschlag an den Stadtrat:**

1. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt, Herrn Lothar Rösel als Vertreter der Lutherstadt Wittenberg in der Verbandsversammlung des Trinkwasserverbandes Kemberg-Pratau für die Ortschaften Pratau und Seegrehna zu entsenden und festzulegen.
2. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt, Frau Karin Wenzel als Stellvertreterin des Vertreters der Lutherstadt Wittenberg in der Verbandsversammlung des Trinkwasserverbandes Kemberg-Pratau für die Ortschaften Pratau und Seegrehna zu entsenden und festzulegen.

3. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt, Herrn Carsten Barthel als Stellvertreter von Herrn Lothar Rösel in die Verbandsversammlung des Trinkwasserverbandes Kemberg-Pratau für die Ortschaften Pratau und Seegrehna zu entsenden (ohne Stimmabgaberecht).
4. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt, Frau Anja Gerhard als Stellvertreterin von Frau Karin Wenzel in die Verbandsversammlung des Trinkwasserverbandes Kemberg-Pratau für die Ortschaften Pratau und Seegrehna zu entsenden (ohne Stimmabgaberecht).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen  
 Ja-Stimmen : 8  
 Nein-Stimmen : 0  
 Enthaltungen : 0

Der **Vorsitzende** lässt über die Freigabe der Beschlussvorlage **BV-169/2019** für den Stadtrat abstimmen.

**Beschlussvorschlag an den Stadtrat:**

1. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt, Frau Anja Gerhard als Vertreterin der Lutherstadt Wittenberg in die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Elbaue-Heiderand“ für die Ortschaften Pratau und Seegrehna zu entsenden.
2. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt, Herrn Carsten Barthel als Stellvertreter des Vertreters der Lutherstadt Wittenberg in die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Elbaue-Heiderand“ für die Ortschaften Pratau und Seegrehna zu entsenden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen  
 Ja-Stimmen : 8  
 Nein-Stimmen : 0  
 Enthaltungen : 0

Der **Vorsitzende** lässt über die Freigabe der Beschlussvorlage **BV-170/2019** für den Stadtrat abstimmen.

**Beschlussvorschlag an den Stadtrat:**

1. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt, Frau Anja Gerhart als Vertreterin der Lutherstadt Wittenberg in die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Coswig/Anhalt für die Ortschaft Griebo zu entsenden.
2. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt, Frau Jeanette Müller als Stellvertreterin der Vertreterin der Lutherstadt Wittenberg in die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Coswig/Anhalt für die Ortschaft Griebo zu entsenden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen  
 Ja-Stimmen : 8  
 Nein-Stimmen : 0  
 Enthaltungen : 0

Der **Vorsitzende** lässt über die Freigabe der Beschlussvorlage **BV-171/2019** für den Stadtrat abstimmen.

**Beschlussvorschlag an den Stadtrat:**

1. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt Herrn Torsten Zugehör als Vertreter der Lutherstadt Wittenberg in die Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes „Fläming-Elbaue“ zu entsenden.
2. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt Frau Silvia Steiner als Stellvertreterin des Vertreters der Lutherstadt Wittenberg in die Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes „Fläming-Elbaue“ zu entsenden.
3. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt Herrn Jörg Jordan als ersten Kandidaten der Lutherstadt Wittenberg für die Wahl in den Vorstand des Unterhaltungsverbandes „Fläming-Elbaue“ vorzuschlagen.
4. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt Herrn Werner Matthes (Ortsbürgermeister Boßdorf) und Herrn Klaus-Dieter Eckert (Ortsbürgermeister Straach) als weitere Kandidaten der Lutherstadt Wittenberg für die Wahl in den Vorstand des Unterhaltungsverbandes „Fläming-Elbaue“ vorzuschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen

Ja-Stimmen : 8

Nein-Stimmen : 0

Enthaltungen : 0

Der **Vorsitzende** lässt über die Freigabe der Beschlussvorlage **BV-172/2019** für den Stadtrat abstimmen.

**Beschlussvorschlag an den Stadtrat:**

1. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt Herrn Uwe Branschke als Vertreter der Lutherstadt Wittenberg in die Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes Nuthe/Rossel zu entsenden.
2. Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt Herrn Jörg Jordan als Stellvertreter des Vertreters der Lutherstadt Wittenberg in die Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes Nuthe/Rossel zu entsenden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen

Ja-Stimmen : 8

Nein-Stimmen : 0

Enthaltungen : 0

**TOP 12 Städtepartnerschaft zwischen Mediasch und Lutherstadt Wittenberg**  
**Vorlage: BV-161/2019**

---

**TOP 13 Städtepartnerschaft zwischen Beveren und Lutherstadt Wittenberg**  
**Vorlage: BV-162/2019**

---

**TOP 14 Städtepartnerschaft zwischen Mogiljow und Lutherstadt Wittenberg**  
**Vorlage: BV-163/2019**

---

Der **Vorsitzende** stellt die Beschlussvorlagen anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

**SR Kretschmar** findet die unterschiedlichen Reaktionen der Städte interessant. Er hofft auf ein gutes Konzept, um allen möglichst gerecht zu werden.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass insbesondere der persönliche Kontakt zwischen den Menschen unersetzlich ist.

Er lässt über die Freigabe der Beschlussvorlage **BV-161/2019** für den Stadtrat abstimmen.

**Beschlussvorschlag an den Stadtrat:**

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt die Städtepartnerschaft mit der rumänischen Stadt Mediasch und beauftragt den Oberbürgermeister den Vertrag zur städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit zu unterschreiben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen  
 Ja-Stimmen : 8  
 Nein-Stimmen : 0  
 Enthaltungen : 0

Der **Vorsitzende** lässt über die Freigabe der Beschlussvorlage **BV-162/2019** für den Stadtrat abstimmen.

**Beschlussvorschlag an den Stadtrat:**

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt die Städtepartnerschaft mit der belgischen Stadt Beveren und beauftragt den Oberbürgermeister den Vertrag zur städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit zu unterschreiben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen  
 Ja-Stimmen : 8  
 Nein-Stimmen : 0  
 Enthaltungen : 0

Der **Vorsitzende** lässt über die Freigabe der Beschlussvorlage **BV-163/2019** für den Stadtrat abstimmen.

**Beschlussvorschlag an den Stadtrat:**

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt die Städtepartnerschaft mit der belarussischen Stadt Mogiljow und beauftragt den Oberbürgermeister den Vertrag zur städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit zu unterschreiben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen  
 Ja-Stimmen : 8  
 Nein-Stimmen : 0  
 Enthaltungen : 0

**TOP 15 Antrag der CDU-Fraktion: Bildung weiterer Ortschaften in ihren Grenzen und Bildung entsprechender Ortschaftsräte**  
**Vorlage: A-009/2019**

---

**TOP 16 Antrag von SR List - Bildung der Ortschaft Piesteritz/Rothemark in seinen festzusetzenden Grenzen und Bildung eines Ortschaftsrates**  
**Vorlage: A-005/2019**

---

**TOP 17 Antrag von SR List - Bildung der Ortschaft Kleinwittenberg/Wittenberg-West in seinen Grenzen und Bildung eines Ortschaftsrates**  
**Vorlage: A-007/2019**

---

Der **Vorsitzende** findet einleitende Worte zu der Thematik.

**SRin Dr. Lange** erklärt, dass es keinen neuen Sachstand gibt. Sie bringt wesentliche für den Antrag relevante Punkte vor.

**SR List** erklärt, dass Piesteritz und Kleinwittenberg vor 50 Jahren zwangseingemeindet wurden und erläutert den Werdegang. Er möchte den Beschluss im Stadtrat herbeiführen.

**SR Dübner** merkt an, dass die erste Aufgabe des neuen Stadtrates, der Beschluss der neuen Hauptsatzung sein wird. Die Anträge sollten in diesem Zusammenhang diskutiert werden.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Finanzierung des Ortsbudgets geklärt und ein Vorschlag seitens der Fraktionen unterbreitet werden muss.

**SR List** fühlt sich hierfür nicht zuständig und meint, die finanziellen Aspekte müssen seitens der Verwaltung geklärt werden.

Der **Vorsitzende** weist ihn darauf hin, dass dies die Pflicht des Antragstellers ist.

**SR List** erklärt, die Kosten für die neuen Ortschaftsräte müssen im Nachtragshaushalt entsprechend eingestellt werden. Einsparungen können mit dem Wegfall des Renaissance-Musikfestivals erzielt werden.

**SR Scheurell** meint, dass letztlich die Bürgernähe im Fokus steht. Er schlägt vor, dass der Stadtrat mindestens einmal jährlich in jede Ortschaft fährt, um genau diese Nähe zu erreichen.

**SR Kretschmar** sagt, dass das Abstimmungsverhalten im Stadtrat ungewiss ist. Die Klausurberatung findet noch vor dem Stadtrat statt. Die Satzung müsse, sofern der Beschluss positiv ausfällt, erneut angepasst werden. Er findet das Auftreten von SR List manchmal etwas unglücklich. 40 % der Mitglieder des Stadtrates haben eine gegenteilige Meinung zu den Anträgen. Er weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit dieser Diskussion ggf. Apollensdorf künftig zum Stadtgebiet gehören könnte. Das Hauptproblem sei, dass Kleinwittenberg nicht eigenständig ist. Zudem müsse die Finanzierungsfrage geklärt werden. Die Verteilung des Budgets nach der Einwohnerzahl sei unverhältnismäßig, sodass der Gründung des Ortschaftsrates unter diesen Umständen nicht zugestimmt werden kann.

**SR Dübner** habe in den vergangenen Wochen dafür geworben, dass im Rahmen interkultureller Zusammenarbeit, die Veranstaltung in Leipzig zur Bürgerbeteiligung bundesweit, für die Diskussion nutzbar sei. Reaktionen hierzu gab es von keiner Stelle.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass dieser Hinweis aufgenommen wurde, die Veranstaltung jedoch ausgebucht ist. Derzeit sei er mit dem Veranstalter im Gespräch, um zu klären, ob diese auch in Wittenberg stattfinden könnte.

Der Haupt- und Wirtschaftsausschuss gibt die Anträge einvernehmlich für die Beschlussfassung im Stadtrat frei. Der **Vorsitzende** lässt über die Anträge dem Inhalt nach abstimmen.

A-009/2019

#### **Beschlussvorschlag an den Stadtrat:**

Der Stadtrat stellt fest, dass Bedürfnisse nach ortsnäheren Beteiligungsmöglichkeiten und bürgerschaftlicher Teilhabe am kommunalen Geschehen bestehen und beauftragt den Oberbürgermeister, dem Stadtrat ein Konzept zur Gestaltung der Ortschaftsverfassung zur Entscheidung vorzulegen, dass diesen Bedürfnissen für das gesamte Gebiet der Lutherstadt Wittenberg Rechnung trägt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen : 2

Nein-Stimmen : 4

Enthaltungen : 2

A-005/2019

#### **Beschlussvorschlag an den Stadtrat:**

Der Stadtrat möge beschließen,

der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Änderung der Hauptsatzung zum Zwecke der Bildung einer neuen Ortschaft „*Piesteritz/Rothemark*“ in den Grenzen der Ortsteile Piesteritz und Rothemark vorzubereiten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Abgelehnt

Ja-Stimmen : 4

Nein-Stimmen : 4

Enthaltungen : 0

A-007/2019

**Beschlussvorschlag an den Stadtrat:**

Der Stadtrat möge beschließen,

der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Änderung der Hauptsatzung zum Zwecke der Bildung einer neuen Ortschaft „Kleinwittenberg/Wittenberg-West“ in den Grenzen der Ortsteile Kleinwittenberg und Wittenberg-West vorzubereiten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen : 3

Nein-Stimmen : 5

Enthaltungen : 0

**TOP 18 Anfragen zu Informationsvorlagen, allgemeine Anfragen und Anregungen sowie Mitteilungen der Verwaltung**

---

**Herr Kirchner** informiert über den aktuellen Stand zur Nordumfahrung.

**SR Kretschmar** weist darauf hin, dass sich der Lärm, wegen der mehrspurigen Straße enorm erhöhen wird. Dies gehe in die falsche Richtung. Er freue sich daher über jede auftretende Verzögerung.

**SR Rauschnig** fragt nach der Trassenüberprüfung.

**Herr Kirchner** erklärt, dass diese bereits erfolgt ist. Ggf. findet hier eine Überarbeitung auf Grund der Prognosezahlen statt.

**SR Rauschnig** merkt an, dass der Lärmschutz von Beginn an berücksichtigt werden muss.

Der **Vorsitzende** sagt, dass es sich hierbei um ein wichtiges Thema handelt, weshalb auch direkt heute über die Neuerungen informiert wurde. Er weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung keine Diskussion der Thematik erfolgen sollte.

**SR Dübner** meint, dass mit solchen Informationen, das Vertrauen in die Aussagen der Verwaltung verloren geht.

Er bittet, das von Herrn Kirchner soeben Vorgestellte, in einer Informationsvorlage niederzuschlagen und entsprechend allen Stadträten zur Verfügung zu stellen.

**Herr Kirchner** sagt, es gibt entsprechende Absprachen zur Umgangsweise mit Hinweisen zur Vorplanung. Diese werden laut der Landesstraßenbaubehörde berücksichtigt und die Stadt bei Änderungen entsprechend informiert.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass die Prioritätenliste, sobald die künftigen Zahlen vorliegen, noch einmal angepasst werden müsste. Die Diskussion sollte sachlich geführt und der Standpunkt des Anderen akzeptiert werden. Herr Grafe sollte zu einer der nächsten Sitzungen eingeladen und die Situation geklärt werden.

Das Prüfverfahren zur Abrechnung all der Kosten aus dem Jahr 2017 wird Ende September abgeschlossen sein. Anschließend werden alle Akten dem Finanzministerium übergeben und von dort aus eine abschließende Entscheidung getroffen.

Bzgl. der Kitakostenbeitragssatzung habe er mit zwei Gemeindeelternvertretern Kontakt aufgenommen. Die Verfahrensweise wurde im Gespräch erklärt.

**SR Dübner** denkt, dass es wesentlich besser gewesen wäre, hätte die Verwaltung über den Anhörungsprozess informiert.

Der **Vorsitzende** erwidert, dass der Anhörungsprozess im August begonnen habe. Die Stadträte müssten grds. hierüber informiert werden. Wird die Vorlage jedoch gleich verteilt und jeder gibt seine Meinung zum Besten, werde sie nie fertig.

**SR Kretschmar** meint, dass es unglücklich war, den Entwurf der Beschlussvorlage zu verteilen. Durch das Internet sei alles sehr schnelllebig.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass die Anhörung erfolgen muss, bevor die Vorlage in die politischen Gremien eingebracht wird. Die Kalkulation wurde vorab präsentiert und im Anschluss die Beschlussvorlage herausgegeben.

Der **Vorsitzende** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:00 Uhr.